

Strategische Umweltprüfung

zum Wiener Abfallwirtschaftsplan
(Wr. AWP) 2025-2030 und
zum Wiener Abfallvermeidungsprogramm
(Wr. AVP) 2025-2030

Zusammenfassende Erklärung



In der zusammenfassenden Erklärung wird die Entscheidung über den Wiener Abfallwirtschaftsplan und das Wiener Abfallvermeidungsprogramm - Planungsperiode 2025-2030 (Wr. AWP & AVP 2025-2030) begründet.

Gemäß §2f Abs. 2 Wr. AWG ist in der zusammenfassenden Erklärung Folgendes darzulegen:

1. wie Umwelterwägungen in den Abfallwirtschaftsplan einbezogen wurden,
2. wie der Umweltbericht, die abgegebenen Stellungnahmen und gegebenenfalls die Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen berücksichtigt wurden und
3. aus welchen Gründen nach Abwägung welcher geprüften Alternativen der Abfallwirtschaftsplan beschlossen wurde.

Gemäß § 2j Abs. 3 Wr. AWG gilt dies sinngemäß auch für das Wiener Abfallvermeidungsprogramm.

Die zusammenfassende Erklärung ist gemeinsam mit dem von der Wiener Landesregierung beschlossenen Wr. AWP & AVP 2025-2030 und der Darstellung der Maßnahmen, die zur Überwachung (Monitoring) beschlossen wurden, mindestens sechs Wochen öffentlich zur allgemeinen Einsicht aufzulegen.

1. Einbeziehung von Umwelterwägungen in den Wr. AWP & AVP 2025-2030

Umwelterwägungen wurden in verschiedenster Form bei der Erstellung des Wr. AWP & AVP 2025-2030 berücksichtigt:

1. bei der Definition der Ziele des Wr. AWP & AVP 2025-2030
2. bei der Untersuchung der einzelnen Alternativen und Maßnahmen
3. bei der Prozessgestaltung

1.1 Bei der Definition der Ziele des Wr. AWP & AVP 2025-2030

Neben abfallwirtschaftlichen Zielen – auch diese dienen im weiteren Sinn dem Schutz der Umwelt (z.B. Ressourcenschonung, Optimierung der energetischen Verwertung etc.) – wurden spezifische Umweltziele definiert. Diese spezifischen Umweltziele dienen unter anderem zum Schutz der biologischen Vielfalt und natürlicher Lebensräume, des Bodens, des Wassers, der Luft, des Klimas und der Gesundheit des Menschen (siehe Wr. AWP & AVP 2025-2030, Kapitel 4). Die Ziele der Abfallvermeidung sind insbesondere Ressourcenschonung, Reduktion klima- und umweltrelevanter Emissionen, Reduktion der Abfallmenge, Reduktion der Schadstoffgehalte in

Produkten, Erzeugnissen und Abfällen. Die Entwicklung der Maßnahmen des Wr. AWP & AVP 2025-2030 orientierte sich an diesen Zielen.

1.2 Bei der Untersuchung der einzelnen Alternativen und Maßnahmen

Zu drei Themen des Wr. AWP & AVP 2025-2030 wurden Alternativen entwickelt (siehe Kapitel 3, Seite 6). Durch die Untersuchung der Alternativen hinsichtlich umweltbezogener, sozialer und abfallwirtschaftlicher Auswirkungen wurde ermittelt, durch welche der Alternativen die Ziele des Wr. AWP & AVP 2025-2030 und die spezifischen Umweltziele am besten erreicht werden können und die positivsten Umweltauswirkungen erzielt werden. Die Bewertungskriterien wurden aus den Zielen des Wr. AWP & AVP 2025-2030 abgeleitet.

Zusätzlich wurden ausgewählte Maßnahmen des Wiener Abfallwirtschaftsplans bzw. ausgewählte Maßnahmenbündel des Wiener Abfallvermeidungsprogramms hinsichtlich deren Auswirkungen auf Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Biodiversität beurteilt.

1.3 Bei der Prozessgestaltung

Der Planungsprozess und die SUP wurden gemeinsam und vollständig integriert durchgeführt. Die einzelnen Planungsschritte – von der Zieldefinition bis hin zur Auswahl der besten Maßnahmen – erfolgten im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung. So konnten Umwelterwägungen von Anfang an kontinuierlich berücksichtigt werden.

Ebenso wurden sämtliche Planungsschritte durch das SUP-Team am „Runden Tisch“ erarbeitet und diskutiert. Zur Vertretung von Umweltaspekten waren folgende öffentliche Umweltstellen und unabhängige Umweltorganisationen im SUP-Team vertreten:

- Stadt Wien – Umweltschutz
- Stadt Wien – Bereichsleitung für Klimaangelegenheiten
- Wiener Umweltschutz (WUA, SUP-Umweltstelle)
- Umweltdachverband
- ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung
- Re-Use Austria – Verein zur Förderung der Wiederverwendung, Reparatur und Ressourcenschonung sowie der Beschäftigung in der Kreislaufwirtschaft
- DIE UMWELTBERATUNG

Neben den Vertreter*innen der Umweltstellen und der Umweltorganisationen wirkten im SUP-Team folgende weitere Dienststellen und Betriebe der Stadt Wien, universitäre Einrichtungen und externe Expert*innen mit.

- Stadt Wien, Magistratsabteilung 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
- Büro der Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal der Stadt Wien (GGK)
- Magistratsdirektion der Stadt Wien – Geschäftsbereich Bauten und Technik
- Wien Energie GmbH
- Wiener Kommunal-Umweltschutzprojektgesellschaft mbH (WKU)
- Universitäten (Montanuniversität Leoben, Technische Universität Wien, Universität für Bodenkultur Wien)
- Ehemaliger Leiter der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt München

Durch die Ausgestaltung des SUP-Prozesses als „SUP am runden Tisch“ war es allen Beteiligten des SUP-Teams möglich, kontinuierlich Umweltaspekte einzubringen. Im Rahmen des Feedback-Workshops mit weiteren Stakeholder*innen wurden zusätzlich Umweltaspekte eingebracht und berücksichtigt.

Der Prozess wurde von der externen SUP-Expertin DIⁱⁿ Drⁱⁿ Kerstin Arbter gesteuert und moderiert.

Das SUP-Team erarbeitete im Konsens den Entwurf zum Wr. AWP & AVP 2025-2030 und zum Umweltbericht. Diese Planungsempfehlung wurde an die Wiener Landesregierung weitergeleitet.

2. Berücksichtigung des Umweltberichtes, der abgegebenen Stellungnahmen und gegebenenfalls der Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen

2.1 Berücksichtigung des Umweltberichts

Im Umweltbericht sind die einzelnen Schritte des SUP-Prozesses sowie deren Ergebnisse nachvollziehbar dargestellt. Es ist dadurch dokumentiert, wie auf Basis der definierten Ziele des Wr. AWP & AVP 2025-2030 und der spezifischen Umweltziele Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele entwickelt, untersucht und bewertet wurden. Der Umweltbericht beschreibt den entwickelten und empfohlenen Planungsvorschlag.

Die Wiener Landesregierung beschloss den Wiener Abfallwirtschaftsplan & das Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2025-2030 wie vom SUP-Team empfohlen. Damit wurde der Umweltbericht beim Beschluss vollinhaltlich berücksichtigt.

2.2 Berücksichtigung der abgegebenen Stellungnahmen

2.2.1 Stellungnahmen aus dem Feedback-Workshop (Fachöffentlichkeit)

Zu den ersten Zwischenergebnissen und Planentwürfen wurden Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit eingeholt. Dazu wurde am 11.04.2024 ein ganztägiger Feedback-Workshop durchgeführt. Zu diesem Workshop wurden weitere betroffene Verwaltungsdienststellen der Stadt Wien, das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, die Wirtschafts- und Arbeiterkammer, abfallwirtschaftliche Interessensverbände, Sammel- und Verwertungssysteme sowie die dafür zuständigen Koordinierungsstellen, externe Expert*innen und Umweltgruppen eingeladen. 19 externe Gäste nahmen daran teil und brachten Stellungnahmen ein. Direkt im Anschluss an den Workshop beriet das SUP-Team, wie die Stellungnahmen in die Planungsentwürfe aufgenommen werden sollten. Die Teilnehmenden des Workshops wurden über die Art der Berücksichtigung der Stellungnahmen informiert. Wenn Stellungnahmen nicht in die Planungsentwürfe einfließen konnten, wurde dies begründet. Die Stellungnahmen und die Art ihrer Berücksichtigung wurden im Umweltbericht dokumentiert (siehe Umweltbericht, Kapitel 15.1)

2.2.2 Stellungnahmen aus der öffentlichen Auflage (breite Öffentlichkeit)

Die Entwürfe zum „Wiener Abfallwirtschaftsplan und Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2025-2030“, zum „Ist-Zustand der Wiener Abfallwirtschaft“, zum „Umweltbericht“ und zu den „Maßnahmen für das Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2025-2030 inkl. Zweckmäßigkeitsevaluation und Monitoring-Indikatoren“ wurden acht Wochen lang von 17.06.2024 bis 11.08.2024 bei der Stadt Wien - Umweltschutz und der MA 48 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufgelegt. Die Entwürfe konnten auch im Internet auf der Homepage der MA 48 im PDF-Format heruntergeladen werden. Diese Stellungnahmemöglichkeit für die breite Öffentlichkeit wurde in zwei Tageszeitungen sowie im Internet angekündigt. Die Teilnehmenden des Feedback-Workshops und der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen wurden per E-Mail auf die öffentliche Auflage hingewiesen. Alle interessierten Personen wurden zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme eingeladen. In Summe wurden fünf Stellungnahmen eingebracht.

In einem abschließenden SUP-Workshop am 17.09.2024 beriet das SUP-Team darüber, wie die – im Rahmen der öffentlichen Auflage – eingelangten Stellungnahmen in die Planungsentwürfe aufgenommen werden sollten. Die Stellungnahmen der breiten Öffentlichkeit und die Art ihrer Berücksichtigung wurden im Umweltbericht dokumentiert (siehe Umweltbericht, Kapitel 15.2).

Im Anschluss wurden entsprechend den Ergebnissen des abschließenden SUP-Workshops die endgültigen Entwürfe zum

- Wr. AWP & AVP 2025-2030,
- Umweltbericht,
- Ist-Zustand-Bericht der Wiener Abfallwirtschaft und
- Maßnahmen für das Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2025-2030 inkl. Zweckmäßigkeitsevaluation und Monitoring-Indikatoren

erstellt. Diese endgültigen Entwurfsfassungen stellten die gemeinsame Empfehlung des SUP-Teams an die Wr. Landesregierung dar und wurden in dieser Form an die Wr. Landesregierung übermittelt.

Die Wiener Landesregierung beschloss den Wiener Abfallwirtschaftsplan & das Wiener Abfallvermeidungsprogramm 2025-2030 wie vom SUP-Team empfohlen. Damit wurden auch die eingegangenen Stellungnahmen wie empfohlen beim Beschluss vollinhaltlich berücksichtigt.

2.3 Berücksichtigung der Ergebnisse der grenzüberschreitenden Konsultationen

Zum Wr. AWP & AVP 2025-2030 wurden keine grenzüberschreitenden Konsultationen geführt, da durch die Umsetzung des Plans keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt eines anderen Staates zu erwarten waren (siehe Umweltbericht Kapitel 13.1).

3. Gründe zur Auswahl der Alternativen und weiteren Maßnahmen

Im Folgenden ist dargestellt, bei welchen drei Themen des Wr. AWP & AVP 2025-2030 welche Alternativen geprüft wurden und warum welche Alternative in den Wr. AWP & AVP 2025-2030 aufgenommen wurde.

3.1 Alternativen zur Wertstoffrückgewinnung aus Restmüll und sonstigen gemischten Siedlungsabfällen im Überblick

Hintergrund:

Derzeit wird der überwiegende Teil des in Wien anfallenden Restmülls aus Haushalten, Betrieben und sonstigen Einrichtungen ohne weitere Vorbehandlung in den Wiener MVA energetisch verwertet.

Da durch die getrennte Sammlung nur ein Teil der Wertstoffe erfasst werden kann, ist immer auch ein gewisser Anteil an Wertstoffen im Restmüll enthalten. Deren Abtrennung aus dem gemischten Siedlungsabfall kann als sinnvolle und für die Erreichung ambitionierter Recyclingziele als notwendig zu wertende Ergänzung zur getrennten Sammlung angesehen werden.

Geprüfte Alternativen:

- 1) Trend-Alternative (Fortschreibung des Ist-Zustandes): Keine Abtrennung von Wertstoffen aus dem Wiener Restmüll
- 2) **Erweiterte Wertstoffabtrennung aus gemischten Siedlungsabfällen in Wien**
 - a) Bau einer neuen Anlage zur Rückgewinnung von Wertstoffen aus Restmüll an einem geeigneten Standort in Wien
 - b) **Erweiterung der Wertstoffabtrennung im bestehenden Abfalllogistikzentrum**

Gründe für die Auswahl der Alternative 2:

- Durch die Wertstoffrückgewinnung kann ein weiterer Beitrag zu Kreislaufwirtschaft und zum Klimaschutz geleistet werden.
- Durch das vermehrte Recycling werden Primärrohstoffe und Deponievolumen eingespart und Reservekapazitäten in den bestehenden MVA geschaffen. Dies erhöht die Entsorgungssicherheit.

Die Bewertung der Alternative 2b wurde zwar am besten bewertet, allerdings soll im ersten Schritt Alternative 2b weiterverfolgt werden. Die Gründe hierfür sind:

- Es wird davon ausgegangen, dass für den Umbau des bestehenden ALZ im Gegensatz zur Errichtung einer neuen Anlage keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist und keine zusätzlichen Grundstücke erworben werden müssen.
- Durch die schnellere Umsetzbarkeit von Alternative 2b im Vergleich zur Alternative 2a werden die positiven Effekte früher wirksam. Daher wurde die Alternative 2b im Rahmen der SUP ausgewählt, obwohl die Anzahl der positiven Effekte bei der Alternative 2a etwas höher war. Grund für die Differenz ist vor allem, dass bei Alternative 2b etwas weniger Wertstoffe als bei Alternative 2a zurückgewonnen werden können.

- Falls im Zuge der Umsetzung der Alternative 2b (Voraussetzung für Umsetzung: wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und Absatzmarkt für die gewonnenen Wertstoffe) positive Erfahrungen gemacht werden, ist auch die Variante 2a denkbar. Dies wird Thema der nächsten Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftsplans- und Abfallvermeidungsprogramms sein.

3.2 Alternativen zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlammasche im Überblick

Hintergrund:

Im kommunalen Abwasser befinden sich erhebliche Mengen an Phosphor, einem essentiellen Nährstoff für alle Lebewesen und einem kritischen Rohstoff. Durch die Ablagerung der Klärschlammasche, die bei der energetischen Verwertung des Klärschlammes entsteht, ist dieser Phosphor jedoch für die weitere Nutzung verloren. Gemäß der Neufassung der Abfallverbrennungsverordnung 2024 ist ab 2033 die Rückgewinnung von Phosphor aus Abwasser in Österreich verpflichtend durchzuführen.

Geprüfte Alternativen:

- 1) Trend Alternative (Fortschreibung des Ist-Zustandes): Beibehaltung der Konditionierung von Klärschlammasche mit der anschließenden Ablagerung auf der Deponie Rautenweg
- 2) **Errichtung einer Anlage zur Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlammasche (am Standort Simmeringer Haide)**
- 3) Übergabe der Wiener Klärschlammasche an Dritte zur Rückgewinnung von Phosphor
- 4) Übergabe der Wiener Klärschlammasche an Dritte für den direkten Einsatz in der Düngemittelindustrie

Gründe für die Auswahl der Alternative 2:

- Wesentliche Beiträge zur Kreislaufwirtschaft werden geleistet, indem Stoffkreisläufe geschlossen sowie Primärrohstoffe und Deponievolumen geschont werden.
- In einer längerfristigen Perspektive wird Alternative 1 ausgeschlossen, da diese Praxis ab 2033 nicht mehr rechtskonform (Neufassung der Abfallverbrennungsverordnung) sein wird.
- Bei Alternative 2 besteht im Gegensatz zu Alternative 3 und 4 bei der Rückgewinnung von Phosphor keine Abhängigkeit von Dritten außerhalb Österreichs.
- Die Annahme, dass die Wiener Klärschlammasche von externen Aufbereiter*innen übernommen werden kann, ist mit Unsicherheiten behaftet.
- Eine eigene Anlage weist von allen Alternativen die höchste Autarkie und Behandlungssicherheit auf. Die Wertschöpfung und das Know-how bleiben in der Region.
- Arbeitsplätze werden in Wien geschaffen.

- Nach der Auswahl der Alternative 2 wurde noch zusätzlich geprüft, ob es besser wäre diese Alternative mit einer Kapazität von 25.000 t/a oder 40.000 t/a umzusetzen. Hier wurde die Alternative mit der Kapazität von 40.000 t/a besser bewertet, insbesondere da aufgrund der Skaleneffekte höhere Umweltvorteile einhergehend mit geringeren spezifischen Kosten erzielt werden können.

3.3 Alternativen zur Behandlung und Deponierung von Baurestmassen und Reststoffen auf der Deponie Langes Feld im Überblick:

Hintergrund:

Die Deponie Langes Feld ist die einzige Deponie für Baurestmassen in Wien. Der jährlichen Ablagerungsmenge von rd. 500.000 t Baurestmassen (das entspricht 0,25 Mio. m³, davon rd. 10 % Bauschutt von den Wr. Mistplätzen, der Rest vorwiegend von Wr. Baustellen) auf der Deponie Langes Feld stehen derzeit noch etwa 3 Mio. m³ (entspricht 6 Mio. t) an freiem Deponievolumen gegenüber. Das Baurestmassenkompartiment der Deponie Langes Feld ist damit spätestens 2033 erschöpft. Das Reststoffkompartiment verfügt Stand 2023 über ein freies Volumen von rund 950.000 m³ (entspricht 1,9 Mio. t). Wenn in den nächsten Jahren gleich viel deponiert würde wie im Jahr 2022, wäre es rd. 2035 verfüllt. Der Großteil der abgelagerten Abfälle stammt aus Wien.

Geprüfte Alternativen:

- 1) Trend-Alternative (Fortschreibung des Ist-Zustandes): Ablagerung von Baurestmassen und Reststoffen auf der Deponie Langes Feld (ohne Erweiterung des Deponievolumens)
- 2) **Erweiterung des Deponievolumens für Baurestmassen und Reststoffe auf der Deponie Langes Feld**
- 3) Ablagerung von Baurestmassen auf einer Deponie außerhalb Wiens sowie Ablagerung von Reststoffen der Stadt Wien auf der Deponie Rautenweg und von Reststoffen von außerhalb Wiens auf Deponien außerhalb Wiens

Gründe für die Auswahl der Alternative 2:

- Die langfristige Entsorgungssicherheit und -autarkie für Baurestmassen der MA 48 (Mistplätze) und der Stadt Wien ist weiterhin gegeben.
- Im Vergleich zu Alternative 3 können in Alternative 2 längere Transporte zu Deponien außerhalb Wiens vermieden werden. Damit werden auch vermehrte Emissionen von Schadstoffen (vor allem NO_x und Feinstaub) und von Treibhausgasen aus dem Transport vermieden.

- Arbeitsplätze und Wertschöpfung bleiben in Wien erhalten.
- Es werden keine zusätzlichen Flächen und keine Primärrohstoffe für den Bau einer neuen Deponie benötigt.

Die Wiener Landesregierung wählte beim Beschluss des Wiener Abfallwirtschaftsplans & des Wiener Abfallvermeidungsprogramms 2025-2030 jene Alternativen aus, die aus den Untersuchungen als die jeweils beste Lösung hervorgingen. Der Empfehlung des SUP-Teams wurde nachgekommen.

3.4 Weitere beschlossene Maßnahmen

Zu anderen Themenbereichen wurden keine Alternativen ausgearbeitet, sondern Maßnahmenlisten erstellt. Themen, zu denen Maßnahmenlisten ausgearbeitet wurden, sind:

1. Abfallvermeidung
 - 1.1. Reparatur, Re-Use und Wiederverwendung
 - 1.2. Mehrwegprodukte und Mehrwegverpackungen
 - 1.3. Abfallvermeidung und Wiederverwendung am Bau
 - 1.4. Lebensmittelabfälle
 - 1.5. Ökologische Beschaffung
 - 1.6. Green Events
 - 1.7. Info und Bewusstseinsbildung allgemein
 - 1.8. Abfallvermeidung in Betrieben
 - 1.9. Weitere Maßnahmen
2. Abfallsammlung, Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung
 - 2.1. Bewusstseinsbildung bei der Bevölkerung
 - 2.2. Anreize für richtige Abfallsammlung und -trennung
 - 2.3. Vorsammlung
 - 2.4. Informationen in Müllräumen und an ähnlichen Orten
 - 2.5. Abfallsammlung allgemein
 - 2.6. Getrennte Altstoffsammlung – Erhöhung der Erfassungsgrade
 - 2.7. Sammlung biogener Abfälle (Biotonne)
 - 2.8. Sammlung von Leichtverpackungen (Gelbe Tonne, Gelber Sack)
 - 2.9. Sammlung und Sortierung von Alttextilien
 - 2.10. Problemstoffsammlung
 - 2.11. Sammlung sperriger Abfälle und Altstoffe
3. Abfallbehandlung
 - 3.1. Kapazitäts- und Risikomanagement
 - 3.2. Verwertung von biogenen Abfällen

- 3.3. Wertstoffrückgewinnung aus Restmüll und ähnlichen Abfällen
- 3.4. Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlammasche
- 3.5. Deponie Rautenweg
- 3.6. Behandlung von Baurestmassen und Einsatz als Recyclingbaustoff
- 3.7. Neue Abfallarten
- 3.8. Flächenvorsorge
- 3.9. Weitere Maßnahmen
4. Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft und Biodiversität

Die Wiener Landesregierung wählte beim Beschluss des Wiener Abfallwirtschaftsplans & des Wiener Abfallvermeidungsprogramms 2025-2030 alle Maßnahmen aus, die vom SUP-Team empfohlen wurden.